

tanniens Premier David Cameron hat jüngst niemand gewagt, laut gegen Merkels Europapolitik zu opponieren. Und die Bedenken der Briten gegen den Fiskalpakt speisen sich aus Gründen, die alle anderen europäischen Akteure noch geschlossener hinter Merkel versammeln.

Doch das Privileg, den europapolitischen Taktstock zu schwingen, ist nicht nur Kür, sondern ergibt sich auch aus der – gerade für Deutschland besonders ernst zu nehmenden – Pflicht eines über nationale Interessen und kurzfristige Erfolge hinausgehenden Blicks. Merkel bekommt ihren Willen nur zu einem auf mittlere Frist sehr hohen Preis:

- Politisch herbeigeführte Vertrauensverluste der Finanzmärkte durch Festhalten an krisenuntauglichen Wirtschaftsphilosophien sind kein Kollateralschaden, sie spitzen die Situation weiter zu.

- Die sozioökonomische Abkoppelung der kriselnden Peripheriestaaten vom Kern der Eurozone durch das Austeritätsmantra befeuert eine Spaltung der EU.

- Das Verbrennen deutscher Flaggen in Athen zeigt nur den eskalierenden Moment einer zunehmend frostigen Beziehung zwischen Europa und seinem ungeliebten deutschen Hegemon.

Das System der konditionierten Solidarität schaufelt sich langsam aber stetig sein eigenes Grab. Ökonomisch, da auch die günstigere Refinanzierung Spaniens und Italiens im Nachgang der im Dezember 2011 und Februar 2012 über den Umweg der Privatbanken ermöglichten Liquiditätsspritzen der EZB nichts an der sich vertiefenden Rezession durch die Überbetonung von Konsolidierungszwängen ändert. Politisch, da in den Geber- wie den Empfängerländern europäischer Kredite und Garantien das nicht absehbare Ende des Krisenstatus der Währungsunion zu wachsender Abneigung gegen das Europrojekt als Ganzes führt. Nicht ausgeschlossen, dass radikale Stimmen ungeachtet der Folgekosten ein »Ende mit Schrecken« fordern – sei es in Griechenland oder in Deutschland. Wenn die Merkel'sche Europapolitik aus der Ereignisfolge ihres Experimentallabors Krisenmanagement nichts lernt, könnte am Ende das stehen, was die Bundesregierung immer vermeiden wollte: Entweder eine Implosion der Eurozone bzw. gar der EU oder der unvermeidliche Schritt in die ungeliebte Transferunion. Vielleicht aber auch beides: ein neuer Versuch unter anderen Vorzeichen der innereuropäischen Solidarität nach dem Auseinanderdriften. ■

Johano Strasser

Zwischenruf: Die Entdemokratisierung Europas

Johano Strasser

(* 1939) ist Politologe, Publizist und Schriftsteller sowie seit 2002 Präsident des PEN-Zentrums Deutschland. 2011 erschienen bei Langen/Müller: *Die schönste Zeit des Lebens* und im vorwärtsbuch Verlag: *Transformation 3.0* (zus. mit Michael Müller).

johano.strasser@t-online.de



rer Mitgliedsländer in Sachen Demokratie und Menschenrechte konnte nie eine Rede sein. Zwar haben sich die Europäer immer gerne sehr grundsätzlich für Frieden und Freiheit ausgesprochen, aber gleichzeitig haben sie blutige Diktatoren mit Waffen beliefert und um wirtschaftlicher Vorteile willen so manches Mal über gravierende Menschenrechtsverletzungen hinweggesehen. Allzu oft haben sie demokratische Aufstandsbewegungen im Stich gelassen,

Zugegeben, von einer konsequenten Haltung der Europäischen Union und ih-

weil ihnen die Stabilität des Status Quo und die profitablen Geschäftsbeziehungen mit diktatorischen Regimen wichtiger waren als der Kampf für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Diese Doppelmoral wurde und wird außerhalb Europas natürlich wahrgenommen und ist ein Grund dafür, dass die Menschenrechtsrhetorik der Europäer oft mit Misstrauen betrachtet wird.

**Nicht Ausnahme,
sondern allgemeiner Trend**

Dennoch hatte die Stimme Europas in Sachen Demokratie und Menschenrechte in der Welt bisher Gewicht, vor allem, weil die Staaten Europas funktionierende Demokratien waren. Seit einiger Zeit allerdings verliert diese Stimme rapide an Überzeugungskraft, und zwar nicht nur wegen der altbekannten Doppelmoral, sondern wegen des auffälligen Anstiegs antidemokratischer und rassistischer Einstellungen und einer nicht mehr zu übersehenden Erosion demokratischer Rechte in vielen Mitgliedsländern der Europäischen Union. Bisher ist dies fast immer als ein Problem einzelner Länder wie Italien, Ungarn, im Falle der Roma auch der Slowakei und Frankreichs diskutiert worden. Aber inzwischen ist nicht mehr zu übersehen, dass wir es mit einem allgemeinen Trend zur Entdemokratisierung in Europa zu tun haben. Und der hängt mit der trotz der jüngsten Weltfinanzkrise ungebrochenen Dominanz eines Weltfinanzsystems zusammen, das jeder demokratischen Kontrolle entzogen ist.

Wenn, wie wir es heute erleben, auch in Europa das Schicksal ganzer Völker auf Gedeih und Verderb von den Entscheidungen einer kleinen Zahl von Spekulanten in Großbanken und Hedgefonds abhängt, dann haben wir es nicht nur mit finanzpolitischen oder finanztechnischen Problemen, sondern mit einem eminenten Frei-

heitsproblem zu tun. Und dieses Problem wird sich über kurz oder lang auch in Ländern wie Deutschland, die im Augenblick noch gut dastehen, in aller Härte manifestieren. Jedes selbstgefällige Pochen auf die eigene rechtsstaatliche und demokratische Vorbildlichkeit läuft heute Gefahr, sich lächerlich zu machen, wenn die Mächte und die Prozesse ausgeblendet werden, die die Demokratie immer häufiger zur Farce werden lassen.

Es komme darauf an, das »Vertrauen der Finanzmärkte zurückzugewinnen«, sagt der Finanzminister, während er gleichzeitig von der griechischen, portugiesischen und italienischen Regierung erwartet, dass sie sich um das Vertrauen ihrer Völker in die Demokratie nicht scheren. In den allabendlichen Nachrichten versichert uns ein schwitzender Reporter direkt vom Börsenparkett, »dass die Märkte misstrauisch bleiben«, weil die griechische, die italienische, die portugiesische Regierung ihre »Hausaufgaben« nicht gemacht hätten. Von »Rettungsschirmen« ist die Rede und von einer »Brandmauer«, wenn immer neue Milliardenbeträge bereitgestellt werden, um die Gewinne von Banken und Spekulanten zu sichern, von »Anpassung«, wo es sich um brutale Zwangsmaßnahmen handelt, von »Gesundung«, wenn den Menschen, die ohnehin nicht genug zum Leben haben, weitere Entbehrungen zugemutet werden.

Wenn derart verschleiernd gesprochen wird, ist das so gut wie immer ein Zeichen dafür, dass wir es mit einem hochideologischen Konstrukt zu tun haben. Man lese nur Joseph Vogls glänzenden Essay *Das Gespenst des Kapitals*, um zu begreifen, auf welchen gespenstisch irrealen Annahmen die Gleichgewichtstheorien beruhen, mit denen dem ruinösen Gebaren auf den Weltfinanzmärkten die Weihen einer höheren Vernunft verliehen werden. Und wie bei allen Volksbeglückungsideologien werden auch in diesem Fall die in ihrem Namen verursachten menschlichen Katastro-

phen zu bloßen »Übergangsproblemen« auf dem Weg in eine lichte Zukunft verniedlicht.

Rechtfertigung des ökonomischen Primats

»Wenn der Euro scheitert, scheitert die Europäische Union.« Der Satz, der auf den ersten Blick so einleuchtend klingt, dient in erster Linie zur Rechtfertigung des Primats der Ökonomie; denn für den Euro erklären sich vor allem die Finanzexperten zuständig. Angesichts der Größe der Gefahr, so dieselben Experten, kann die Umständlichkeit und Unberechenbarkeit demokratischer Willensbildung nicht geduldet werden. Als der griechische Premier Giorgos Papandreou auf die Idee verfiel, sein Volk über die Sparauflagen der EU abstimmen zu lassen, wurde er von deutschen, französischen, niederländischen und finnischen Politikern umgehend zur Unperson erklärt und durch einen parteilosen und daher angeblich neutralen Experten ersetzt: den ehemaligen Vizepräsidenten der Europäischen Zentralbank Loukas Papadimos.

Das politisch verfasste Europa krankt seit eh und je an einem vordemokratischen Übergewicht der Exekutive, nämlich der Brüsseler Kommission und des Europarats. Heute werden diese Strukturen von den in Europa dominierenden Staaten, Deutschland und Frankreich, immer schamloser benutzt, um die Demokratie in den wirtschaftlich schwächeren Mitgliedsstaaten auszuhebeln. Das neueste Beispiel ist der »europäische Fiskalpakt«, der de facto ein Vetorecht der europäischen Exekutive gegen die Budgetentscheidungen nationaler Parlamente etabliert.

Statt in der gegenwärtigen Situation die Rechte des Europäischen Parlaments zu stärken und so die Politik der Union auf eine breitere Legitimationsbasis zu stellen,

statt endlich die längst fällige Transaktionssteuer zu beschließen und so die Spekulation im Euro-Raum zumindest ein wenig einzudämmen, kommt es überall in Europa zu einem eklatanten Abbau von Demokratie, der sich als Durchsetzung ökonomischer Vernunft tarnt.

Es gehört nicht viel Fantasie dazu, vorauszusagen, dass diese Politik der beflissenen Anpassung an die Vorgaben des Finanzmarktes immer häufiger zu nationalistischen und chauvinistischen Gegenreaktionen führen wird. Was seit einiger Zeit in Ungarn zu beobachten ist, liefert einen Vorgeschmack davon. Diejenigen, die mit ihrem Management der Eurokrise vorgeben, Europa zu retten, sind in Wahrheit die Totengräber Europas.

Mit ihren neoliberalen Konzepten erzeugen sie in immer mehr Ländern wachsende Ungleichheit, Elend und Hoffnungslosigkeit. Das europäische Projekt, das nach zwei mörderischen Kriegen die große Hoffnung vieler Menschen war, ist drauf und dran, seinen letzten Rest an Legitimation zu verspielen, weil es in die Hände einer Eurokratie gefallen ist, die sich zynisch über die Lebensinteressen der Menschen hinwegsetzt, weil es zu einem kulturlosen und antisozialen neoliberalen Konstrukt zu verkommen droht.

Dabei sind nationale Alleingänge, wie jeder wissen kann, eine Sackgasse. Erfolgreich können die Europäer auf Dauer nur sein, wenn sie zusammen bleiben, wenn sie Solidarität üben und sich gegenseitig respektieren. Dazu ist es dringend notwendig, dass sich die europäische Politik aus der gegenwärtigen ökonomistischen Verengung befreit.

Nur ein wirklich demokratisches Europa, ein Europa der kulturellen Vielfalt, der sozialen Solidarität und der ökologischen Vernunft, das sich als verlässliche Friedensmacht bewährt, kann auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der Welt spielen und sich auf Dauer der Zustimmung der Menschen sicher sein. ■